

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinrich Jährenbrach, Düsseldorf, Florstra. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 33

Düsseldorf, den 15. August 1931

Verbandes Krefeld

## Nationalsozialismus und Gewerkschaften

H. D. Das Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus ist in seinen Einzelheiten sehr unklar, und die vielen Anseinerseitsungen, die sich daran schlossen, haben die Umrisse der nationalsozialistischen Arbeiterpolitik bestimmt nicht deutlicher gezeichnet. So ist vor allem die Haltung zur Frage der Gewerkschaftspolitik noch keineswegs einheitlich, jedenfalls lassen sich aus der nationalsozialistischen Literatur keine klaren Richtlinien zu diesem Problem ableiten. Es entspricht ganz seinem Wesen, wenn der Nationalsozialismus sich in Allgemeinheiten verliert und es vermeidet, sich auf Einzelheiten der praktischen Politik festzulegen. Wenn es ihm jedoch ernst sein will um seine Idee, vor allem ernst sein will um die Hebung des deutschen Arbeiterstandes, dann wird er nicht anders können, als aus dem Dunstkreis nebelhafter Schwärmereien herabzusteigen in das wirkliche Leben. Nur dann kann er beweisen, wie und ob er seine Versprechungen wahr macht. Diesen Anschluß an die Wirklichkeit hat der Nationalsozialismus immer noch nicht gefunden. Er war in seinem bisherigen Stadium ausschließlich politische Aktivität und hatte bis jetzt weder Zeit noch Bedürfnis, sich ausführlicher mit Fragen wirtschaftlicher Natur zu befassen. Das ist ein Zugewinn der Nationalisten selber. Es zeigt, daß die nationalsozialistische Bewegung nicht organisch gemacht, sondern entstanden ist aus einem politischen Ressentiment, aus einer künstlich geschaffenen Rencovance. Darin liegt aber offenbar seine Wirkungskraft auf die Massen, die täglich dem revolutionären Trommelfeuer einer fanatischen Agitation ausgesetzt sind. Wie der Kommunismus von der materialistischen Seite her vorstößt, so bricht mit gleicher Heftigkeit der Nationalsozialismus vom Politischen her in das Volk ein. Zwei verschiedene Wege, die zum gleichen Ziel führen.

Die Arbeiterpolitik des Nationalsozialismus auf Grund seiner eigenen Stellungnahme und Literatur folgendes sagen:

Der Nationalsozialismus will dort wieder anknüpfen, wo die Marxisten den Faden abgerissen haben. Er geht von der Feststellung aus, daß der ökonomische Liberalismus und Individualismus, welche die Industrie von ihren Anfängen her begleitet, das Gesetz des Allers erfüllt haben und daß sie in der Zeit des Spätkapitalismus ihrer Aufgabe nicht mehr so nachkommen, wie dies im Interesse der Allgemeinheit notwendig sei. Die ausgetrocknete Wirtschaftskrise sei das Zeichen des Zusammenbruches der individualistischen Wirtschaftsform, genauer, ihrer über alle Begriffe gesteigerten Produktion und der zügellosen Konsumanreizung. Es handelt sich nach dem Nationalsozialismus nun aber nicht darum, den Kapitalismus zu stürzen, sondern ihm den mamonistischen Giftschal zu nehmen und ihn mit dem neuen Gemeinheitsgeist zu erfüllen. Die Einführung der öffentlichen Hand in die Wirtschaft wird abgelehnt, doch kann auch der Nationalsozialismus auf Staatsintervention unter bestimmten Bedingungen nicht ganz verzichten. Die Verbindung von Staat und Wirtschaft sucht er durch die berufsständische Gliederung. Der Wirtschaft wird weitgehende Selbstverwaltung eingeräumt. Die Formierung des handlichen Aufbaues spielt in der deutschen Berufskammer, die im Zusammenwirken mit der Regierung die allgemeinen Richtlinien der Produktion festlegen soll. Notwendig sei die Einführung von staatlich funktionierten Produktionsgruppen. Aufgabe des nationalsozialistischen Staates würde es sein, die Harmonie unter den Produzenten herbeizuführen, "die ihre gleichgerichtete Interessentlage erkennen zu lassen und sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, für das Wohl der Allgemeinheit tätig zu sein". Diese Wirtschaftsziele gehen auf die Romantiker der Volkswirtschaftslehre zurück, es sind, wie Reupke selber sagt, "die neuen Ideale". Der Nationalismus müsse von der nationalsozialistischen Arbeiterbewegung bekämpft werden, weil er die nationale Wirtschaft zugunsten eines internationalen Phantoms zerstört und in dem Arbeiter statt des Bewußtseins seines Wertes künstlich die proletarische Depression erzeugt, die ihn unruhig und umsturzbereit macht. Der Nationalsozialismus will die marxistisch-materialistische Wirtschaftsauffassung durch den "neuen Gemeinheitsgeist" ersetzen. Der Einzelne soll zum Wohlstand kommen, indem er für das Glück der Gesamtheit arbeitet. Er soll kein reiner Lohnnehmer mehr sein, sondern ein aktiver Mitarbeiter der wirtschaftlichen Unternehmung. Der Nationalsozialismus verwirft ausdrücklich die Betriebsdemokratie, ist also Gegner des gesetzlichen Mitbestimmungsrechtes, das sich die deutsche Arbeiterschaft in jahrzehntelangem Kampfe errungen hat. An die Stelle der Betriebsdemokratie soll die "einheitliche Kommandogewalt" treten. Die Kraftzelle des Arbeiters soll die Gewerkschaft sein, die als Interessen- und Berufsvertretung ausdrücklich bejaht wird, und die ein Teil des organischen Wirtschaftskörpers sein soll, von der aus ihren Vertretern die politische Mitwirkung zufließt an den Richtlinien der Pro-

## Die deutschen Textilaktiengesellschaften

Fortwährende Konzentration auch im Jahre 1930

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht im letzten „Vierteljahrsheft zur Statistik des deutschen Reiches“ die Ergebnisse der Erhebungen über die Entwicklung der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1930. Im Rahmen einer Gesamtbetrachtung der aufgefundenen Entwicklungstendenzen ist dabei für die Leser der „Textilarbeiterzeitung“ eine spezielle Untersuchung der Entwicklungstendenzen der deutschen Textilaktiengesellschaften von besonderem Interesse. Wenngleich die Aktiengesellschaften nur einen kleineren Teil von der Zahl der deutschen Textilunternehmungen darstellen, so ist doch nicht allein im Hinblick auf ihre Kapitalstärke ihre Stellung innerhalb der Textilindustrie bedeutsam; aus der Tendenz ihrer Entwicklung lassen sich vielmehr auch zuverlässige Rückschlüsse auf die Gesamtentwicklung der Unternehmungen in der deutschen Textilwirtschaft ziehen.

### Die Gesamtentwicklung

Der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1930 zeigt, ebenso wie im vorherigen Jahre, die allgemein fortwährende Tendenz zu weiteren Konzentrationen. Die Zahl der Gesellschaften ging gegenüber dem Vorjahre um 874 zurück auf 16 870 Gesellschaften. Dagegen stieg das Nominalkapital um 460,7 Mill. RM. auf 24 188,7 Mill. RM. Das Durchschnittskapital einer Gesellschaft stieg damit von 2 092 000 RM. im Jahre 1929 auf 2 205 000 RM. Ende 1930, also um 5 Prozent.

Die gleiche Entwicklung weisen auch die Textilaktiengesellschaften auf. Ihre Zahl verminderte sich von 789 auf 766, also um 23; dagegen erhöhte sich das Nominalkapital von insgesamt 1266,7 Mill. RM. auf 1287 Mill. RM. Das Durchschnittskapital stieg also von 1 605 000 auf 1 680 000 RM., mithin um 4,7 Prozent. Die Kapitalerhöhungen in den folgenden Gesellschaften und Kapitalzugänge zurückzuführen: 14 Neugründungen von Textilaktiengesellschaften brachten einen Kapitalzugang von 10,6 Mill. RM. Bei 34 Aktiengesellschaften erfolgten weitere Kapitalerhöhungen im Betrage von insgesamt 62,5 Mill. RM. Der nominelle Kapitalzugang betrug somit 73,1 Mill. RM. Dagegen erfolgten in 31 Gesellschaften Kapitalherabsetzungen im Betrage von zus. 25,8 Mill. RM. Weiter wurden aufgelöst durch Liquidation 13 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von zusammen 4,3 Mill. RM., durch Konkurs 11 Gesellschaften mit 3,2 Mill. RM. und auf direktem Wege (ohne Liquidation oder Konkurs) 8 Gesellschaften mit 23,6 Mill. RM. Aktienkapital. Endlich trat durch „Gegenstandsveränderungen“ — also Umstellungen der Unternehmungsart bezw. des Unternehmenscharakters — eine Kapitalzunahme um 4 Mill. RM. ein, während sich die Zahl der Textilaktiengesellschaften hierdurch um weitere 5 Gesellschaften verminderte.

### Die Kapitalgröße der Gesellschaft

In der Größenordnung nach ihrer Kapitalstärke zeigen die deutschen Textilaktiengesellschaften folgende Entwicklung gegenüber dem Vorjahre: Die Zahl der „Zweckunternehmungen“ (mit einem Aktienkapital bis zu 100 000 RM.) ist von 81 im Jahre 1929 weiter zurückgegangen auf 69 Gesellschaften. Das Aktienkapital dieser Zweckunternehmungen sank von 3,2 auf 2,7 Mill. RM. und ist damit im Verhältnis zur Gesamt-

Kapitalsumme aller Textilaktiengesellschaften bedeutungslos geworden. Dagegen haben sich die in der Statistik als „kleine Unternehmungen“ bezeichneten Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 100 000 bis 500 000 RM. mit 242 Unternehmungen und einem Aktienkapital von zus. 61,1 Mill. RM. (i. B. 62,3 Mill. RM.) etwa auf dem alten Stand gehalten; trotz ihrer beträchtlichen Zahl erfassen sie freilich nur ca. ein Zwanzigstel des Gesamtaktienkapitals aller Textilaktiengesellschaften.

### Die „mittelgroßen“ Unternehmungen dominieren.

Ausschlaggebend ist — ebenso wie im Vorjahre — die Gruppe der mittelgroßen Unternehmungen — sowohl im Verhältnis zu ihrem zahlenmäßigen Anteil als auch nach ihrer Kapitalbeteiligung am Gesamtaktienkapital der Textilaktiengesellschaften. Immerhin zeigt sich auch hier eine beachtliche Verschiebung: Die Zahl dieser mittelgroßen Unternehmungen sank von 424 im Vorjahre auf 411 — also etwa im Verhältnis zur Gesamtverminderung der Gesellschaften, aber auch ihre nominelle Kapitalgröße ging von 647,5 Mill. RM. auf 625,9 Mill. RM. zurück.

Offenbar hängt diese Verminderung in der Zahl und Kapitalsumme der mittelgroßen Betriebe zusammen mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Verhältnisse insbesondere auf dem Geldmarkte, der eingetretenen Kapitalverknappung und Verteuerung, die ohne Zweifel von den kapitalkräftigeren Großunternehmungen leichter überwunden werden konnten. Trotz dieser Verminderung aber sind

nach wie vor diese Mittelbetriebe unter den deutschen Textilaktiengesellschaften dominierend, bei ihnen liegt der größte Teil des Aktienkapitals, und sie besitzen einen Anteil, als auch nach der Größe ihres Kapitalanteils.

### Die „großen“ Unternehmungen

unter den Textilaktiengesellschaften — Unternehmungen mit einem Aktienkapital von über 5 bis 20 Millionen RM. — haben sich von 36 Gesellschaften auf 37 erhöht. Ihr Gesamtaktienkapital stieg entsprechend von 235 auf 239,6 Mill. RM. Sie vereinigen damit annähernd ein Viertel des Aktienkapitals aller Textilaktiengesellschaften. Die verbleibenden 6 Riesen-Unternehmungen haben ihr Kapital erhöht von 269 auf 277,6 Mill. RM. und umfassen damit ebenfalls fast ein Viertel des Gesamt-Aktienkapitals der Textilindustrie.

Das gleiche Bestreben wie in der Gesamtentwicklung der deutschen Aktiengesellschaften im vergangenen Jahre macht sich so auch in der Textilindustrie geltend: Weitere Konzentration der Betriebe in Groß-Unternehmungen auf Kosten der Klein- und Mittelbetriebe, die infolge ungenügender Kapitalkraft allmählich immer mehr zurückgedrängt werden. Erheblich stärker als in der Gesamtindustrie dagegen behauptet in der Textilindustrie der Mittelbetrieb, das Unternehmen mit einer Kapitalstärke von 0,5 bis 5 Mill. RM., seinen Platz. Der übertragenden Kapitalmacht der Groß- und Riesenbetriebe vermag es seine eben so wichtige Überlegenheit gegenüber der Klein- und Mittelindustrie entgegenzustellen und damit seine ausschlaggebende Position in der Textilwirtschaft zu sichern.

Produktion, die im Wirtschaftsparlament stattfindet. Allerdings sollen dabei Streik und Aussperrung abgelehnt und unter Strafe gestellt werden. Der absolute Wirtschaftsfriede müsse zum obersten Prinzip erhoben werden. Schließlich verpflichten diese Zielsetzungen des Nationalsozialismus die Arbeiterschaft zu erheblichen Opfern „aus idealen Motiven“, nämlich Abbau übertriebener Fürsorgemaßnahmen, Verzicht auf „politische“ Lohnforderungen, Privatisierung der staatlichen Fürsorge einschließlich der Versicherungsleistungen. Alles das zu dem Zwecke, „den Arbeiter auf eine bessere ethische und materielle Grundlage als die bisherige zu stellen“.

Weiter fordert der Nationalsozialismus\*) Einführung der Arbeitsdienstpflicht, Kampf gegen neuzeitliche Konsumbildungen und ähnliche Unternehmungen, gegen den Taylorismus, gegen Warenhaus-, Filialunternehmungen und Konsumgenossenschaften. Er verlangt „für gerechte Arbeit gerechten Lohn“, gibt aber gleichzeitig zu, daß der Arbeiter niemals mehr als sein Existenzminimum verdienen könne. Die Existenzminimum müßte als äußerste Grenze nach unten dahin anzusehen sein, „daß der Arbeiter durch den Gewinn aus seiner Arbeit instand gesetzt werden muß, seine als Betriebskapital in die Arbeit gesteckte Kraft wieder zu erlangen und darüber hinaus so viel erübrigt, daß er sich und seiner Familie eine menschenwürdige Behausung, eine einfache, aber kräftige Kost, die nötige Kleidung und das für die Führung des Haushalts

notwendige Gerät beschaffen sowie die nötigen Rücklagen für die Sicherung seiner Zukunft machen kann“.

Es wäre nun interessant, zu erfahren, wie sich der Nationalsozialismus die Gewerkschaftspolitik in der Praxis vorstellt, vor allem, was er praktisch unternimmt, um die von ihm behauptete „Harmonie der Produzenten“ zu realisieren. Was man hierüber in den Kommentaren zum nationalsozialistischen Programm findet, ist freilich recht dürftig, und was man in der nationalsozialistischen Presse findet, weicht von allgemeinen Phrasen kaum ab. Bestenfalls sind kümmerliche Aufzählungen zu Organisationsformen vorhanden. Und trotzdem wird sich die nationalsozialistische Regierbarkeit in den Betrieben, so bei Betriebsratswahlen, zahlenmäßig nicht unerheblich aus. In den Betrieben werden nach kommunistischen Mustern Betriebszellen gebildet, die von besonderen Obleuten geleitet werden. Diese Obleute stellen die Verbindung mit den örtlichen Parteinstellen dar, sie berufen Belegschaftsversammlungen ein und bestellen besondere Kommissionen zur Durchführung von Betriebsratswahlen, Tarifverträgen, Schlichtungs- und Schiedsgerichtswesen werden als gegebene Einrichtungen bedingungsweise anerkannt. Ihre Umwandlung wird obligatorisch und leibhaftig propagiert, die Durchsetzung der Ziele bleibt dagegen der Parteiführung überlassen. Mitgliedsbücher werden nicht ausgegeben und Beiträge nicht erhoben. Entscheidend ist ausschließlich das Bekenntnis zu Hitler und zum Hakenkreuz.

Man darf, ohne annähernd zu sein, sagen, daß das, was der Nationalsozialismus bisher auf dem Gebiete der politischen Arbeiterpolitik geleistet hat, sehr dürftig ist.

\*) Reupke: Der Staat und die Wirtschaft, Berlin, 1931

\*) Güng: Nationalsozialismus, Pannering, Berlin, 1931



Trotzdem kommt der starke Zulauf, den der Nationalsozialismus besonders von den Jungarbeitern her zu verzeichnen hat, nicht überraschend. Die zahllosen agitatorischen Erfolge, so bei den Betriebsratswahlen, sind kein Beweis dafür, daß wirklich gute Arbeit geleistet wird. Der Nationalsozialismus ist seiner Herkunft und seinem Wesen nach eine ideologische, politische Bewegung mit innen- und außenpolitischen Programmpunkten. Aus diesem Gesamtbild ist die Arbeiterpolitik, die in diese Tendenz eingebaut ist, nur ein bescheidener Auschnitt. Das tiefenhafteste Anzeichen der nationalsozialistischen Stimmung ist nur aus der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation heraus verständlich. Diese Erscheinung ist an äußere Voraussetzungen gebunden und deshalb geistlich bedingt. Wir zweifeln nicht daran, daß die augenblickliche Lage eine Niederungsbewertung ist, die über kurz oder lang durch normale Wirtschaftsverhältnisse abgelöst werden wird. In dem Maße, wie sich diese Bewertung parallelisiert, wird die agitatorische Kraft des Nationalsozialismus parallelisiert. Vorausgesetzt, daß er sich nicht schon vorher durch seine Utopien in Mißkredit gebracht hat oder im Kampf um Herz und Kopf des deutschen Arbeiters gegen den Wohlstand der realen Verhältnisse zerrieben werden ist.

### Der Ruf nach Wirtschaftsfreiheit!

In den zahlreichen Stellungnahmen der Arbeitgeber und ihrer Verbände zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage kehrt immer die eine Forderung beharrlich wieder: Befreiung der Wirtschaft von den staatlichen und sozialen Bindungen, Befreiung insbesondere von der sog. staatlichen Zwangsverwirklichung der Löhne. Vor uns liegt eine Ausgabe der Verzeitung der Firma A. A. Gumpers in Rheine/Weßfalen, die ebenfalls in gleicher Weise „zur Wirtschaftsfrage“ Stellung nimmt. Wir haben gerade in dieser Verzeitung schon oft sachlich wertvolle Aufsätze und Stellungnahmen zu den verschiedensten Betriebs- und wirtschaftlichen Fragen gelesen. Wir können auch dem zitierten Aufsatz in vielen Punkten recht geben. So stimmen wir ohne weiteres der Forderung nach einem Abbau aller öffentlichen Ausgaben im Reich, Ländern und Gemeinden zu, der von uns schon oft gefordert worden ist. Anders, freilich, wenn damit verbunden gleichzeitig auch ein „energischer Abbau der sozialen Leistungen“ gefordert wird und das Verlangen gestellt wird, daß jede öffentliche Leistungswirtschaft und unternehmenspolitische Maßnahme weichen müsse, und daß es sofort für eine Notzeit von einem Jahr freigegeben werden müsse, daß sich die Arbeitnehmer mit ihren Verhältnissen über Arbeitszeit und Löhne direkt verständigen. Auch auf Seiten der Gewerkschaften besteht schon seit langem eine einseitige Meinung darüber, daß die Befreiung des Staates von verschiedenen Funktionen, die ihm durch die jetzige Form des Schlichtungswesens und der allgemeinen Lohnpolitik auferlegt werden, unumkehrbar ist. Die gegenwärtige Zeit ist freilich wenig geeignet, eine solche Reform des Staates und Schlichtungswesens durchzuführen. Solange insbesondere aber die Forderungen der Arbeitgeber weit über ein berechtigtes Maß hinausgehen, besteht keine Aussicht, darüber zu einer Einigung und besserer Regelung zu kommen. Denn es ist für die Arbeitnehmer völlig unmöglich, den Wünschen der Unternehmer nach einer „sozialpolitischen freien Wirtschaft“ zu entsprechen. Die Arbeiterschaft steht aus den verschiedensten Randgebungen der Unternehmerverbände immer wieder zu deutlich das sozialistische Ziel dieser Forderung. Eine Aufhebung der Tarifverträge und Freigabe der Arbeitszeit und Lohnbedingungen zur Regelung zwischen Betriebsleitungen und Arbeitern würde unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen bedeuten, daß die Arbeiterschaft als der wirtschaftlich Schwächere der Willkür unsozialer Unternehmer preisgegeben wäre. Das bedeutet gleichzeitig die Preisgabe aller gewerkschaftlichen Errungenschaften und sozialer Rechte der Arbeiterschaft überhaupt.

### Lohn und Not in Mittelddeutschland

(Fortsetzung.)

In übrigen hat das Tempo dieser Zeit, vielleicht auch die Art und Weise, dazu geführt, daß die Qualität der Spitzen und Garnituren durchschnittlich nicht mehr so gut ist. Die tieferste Verarbeitung der einzelnen Stücke ist von dem Streben nach Rationalisierung erkauft worden. Im übrigen hat auch hier die Technik das ihre zur Freilegung der Arbeiterkraft getan. Eine handwerkliche, deren Ausfertigung früher auf einer Handfließmaschine zwei Tage erforderte, wird jetzt in zwei Stunden auf der Schöpfen-Schneidmaschine fertiggestellt. Es gibt Maschinen, die einen Stoff von 45 Meter Länge gleichzeitig mit 24 Nadeln bearbeiten. Neuerdings sind Maschinen eingeführt, die diese Leistung noch um das Dreifache steigern. Automaten werden eingesetzt, die ohne jede menschliche Bedienung die Stickarbeit ausführen. Allerdings, bessere Spezialmaschinen können von den Automaten noch nicht hergestellt werden. Hier beherrscht noch die Schöpfen-Schneidmaschine das Feld. Es ist die Aufgabe der Leute, die teilweise schon vier und mehr Jahre arbeitslos sind, wieder Arbeit zu bekommen, vorerst auch recht ungenügend.

Die Ursachen dieses enormen Rückganges der Textilindustrie im hiesigen Revier sind so vielfältig und so vieler Wechselwirkungen, daß sie in einem kurzen Zeitungsbeitrag gar nicht einmal angedeutet, geschweige denn ausführlich dargestellt und begründet werden können. Nur auf einen Umstand möchte ich hinweisen, der noch mehr neuen Fortschritten aufzuweisen an der gegenwärtigen Krise ist. Ein kompletter Sturz wird von einer bestimmten Zeit für 1,50 Mark an ein Geschäft bezahlt. Diese 1,50 Mark enthalten nicht nur Kosten für den Rohstoff, Löhne und Gehälter, Sozialaufwand und die sonstigen Selbstkosten, sondern auch den Unternehmergewinn. Der selbe Sturz wird mir später, in einem Geschäft käufend, gezeigt, wo er mit einem Preis von 20 Mark zum Verkauf angelegt wird. Hier verdient offensichtlich nicht genügend Verdienst für den Produktionsbetrieb, damit dieser seine Existenz festhalten und seine Arbeiter gut bezahlen kann. Der Handel aber drückt den Produktionspreis einerseits auf eine denkbar niedrige Stufe und verkauft andererseits selbst zu einem Preise, der jeden größeren Absatz gleich unmöglich machen mag.

## Ein unhaltbarer Zustand

„Beamten-Notstandsbeihilfen“ - Wo bleiben hier die Sparmaßnahmen?

Man schreibt uns: Wenig bekannt ist das System der sogenannten Beamten-Notstandsbeihilfen. Neben dem vollen Gehalt werden an Beamte und Pensionäre für sich oder Familienangehörige im Falle von Krankheit, Geburten, besonderen ärztlichen Interventionen, Todesfälle usw. noch außerordentliche „Notstandsbeihilfen“ gewährt. Hierfür laufen in den Etats des Reiches mit Reichswehr, Reichsbahn, Reichspost, Länder und Gemeinden ganz erhebliche Mittel. Merkwürdig ist, daß gerade bei den Reichsbehörden ein solches reichhaltiges Mittel bekanntlich noch nicht einmal im Reichshaushalt für pro Kopf des Beamten 25 Mark jährlich. Daneben besteht noch ein unkontrollierbarer Unterhaltungs- und Unterstützungsfonds mit 64 Millionen Reichsmark. Unterhaltungs- und Unterstützungsfonds wurden schon ganz einfach als „Kleidergeld“ verteilt. Viele einsichtige Beamte entrufen sich selbst über diese besonders in der Jetztzeit überreichen Notstandsbeihilfen und die korruptiven Wirkungen der besonderen Unterhaltungs- und Unterstützungsfonds.

Ein Einzelnen über diese Gelder ist in den Rechnungsergebnissen nicht erforderlich, die Bürokratie kann frei schalten und walten. Die Verwendung liegt in den Händen der Verwaltungen selbst. Freizügige ministerielle Verordnungen geben hierfür weiten Spielraum.

Wo die Öffentlichkeit einmal zufällig Kenntnis von dem System der Beamten-Notstandsbeihilfen bekommt, empfindet man, daß darüber ohne Unterschied der Partei, nach Verleumdungen und Verleumdungen in den verschiedenen öffentlichen Zweigen der Sozialversicherung (z. B. Invalidenversicherung) kommen darüber ein großes Maß an Unwissenheit ist. Es ist sehr leicht, vom Privatrat ein Attest über eine Krankheit oder Erholungsbedürftigkeit zu erhalten. Beht der Beamte mit ärztlicher Bescheinigung für Wochen oder Monate in ein Bad oder sonstige Kur und legt jedermann Arzt, Bäder- und Kurrechnung vor, so bekommt er einen recht erheblichen Anteil des Aufwandes ersetzt, in manchen Verwaltungen bis 60 Prozent und mehr.

Das gleiche gilt für Familienangehörige. Auch Einstellung von Beamten in den Familienangehörigen wird in Rechnung gestellt. Es sind Fälle zu verzeichnen, daß Beamte mit Frau in sehr teure Kurorte gingen und beide ihren Aufenthalt in erheblichem Ausmaß ersetzt erhielten.

Auch in der Unterbringung von Nebenleistungen ist man oft nicht unbedarft. Um ein Beispiel herauszugreifen: Ein Beamter melbet sich vornehmlich seine Frau (kinderloser Haushalt) erklärt mit der Pflege so in Anspruch genommen zu sein, daß ein Mädchen für das Haus genommen werden müsse. Der Aufwand hierfür wird mit den Arzt- und Kurkosten in die Notstandsbeihilfenrechnung eingestellt. Der Mann führt dann in einem

Kurort, die Frau zur „Pflegerin“ mit, Pflegerin und Reisegeld neben dem vollen Gehalt anteilmäßig auf Konto „Notstandsbeihilfe“. Wunderbar! Der Arbeiter und Angestellte aber wird mit seinem Einkommen im Falle der Krankheit auf 50-60 Prozent des Grundlohnes gesetzt. Dann erhebt man sich noch über die „unmoralischen“ Wirkungen der Sozialversicherung.

Das Landbundorgan in Stuttgart „Schwäbische Tagesschau“ (Nr. 151/1931) kritisierte kürzlich, daß einem Oberregierungsrat beim Landesfinanzamt in Stuttgart anlässlich der Geburt seines zweiten Kindes eine Notstandsbeihilfe in Höhe von 900,- RM gewährt wurde. Das getrocknete Landesfinanzamt hat dann der Presse eine wunderbare Aufklärung übergeben. In der Erklärung wurde verwiesen auf die im Reichshaushaltsplan eingestellten Mittel, die dazu dienen sollten, den Reichsbeamten zu den aus Anlaß von Krankheiten, Geburten und Todesfällen entstehenden besonderen Aufwendungen eine Beihilfe zu gewähren, nach den vom Reichsminister der Finanzen aufgestellten Richtlinien. Für den Fall des mit 900 RM bedachten Oberregierungsrats wurde angegeben: „Es handelte sich keineswegs nur um die Kosten einer Geburt, sondern in erster Linie um die Aufwendungen infolge von Krankheiten der Ehefrau und des älteren Kindes des Beamten. Wegen der mehrere Monate dauernden schweren Krankheit der Ehefrau sind die Aufwendungen für die Pflegerin entstanden. Die Notwendigkeit der Beiziehung einer Pflegerin war durch ärztliches Zeugnis nachgewiesen.“ Wer stellt der Arbeiterfrau eine Pflegerin oder Haushälterin?

Wir fragen: Zahlen zu solcher Art von „Notstandsbeihilfen“ und „Unterstützungsfonds“ die Arbeitnehmer unter härtesten Entbehrungen ihre Steuern? Keineswegs.

Dabei ist noch folgendes beachtlich: Auch wenn der Beamte monatlich unter Fortbezug seines Gehalts — Anspruch besteht bis zu einem Jahr — wegen Krankheit oder ärztlich bescheinigter Erholungsbedürftigkeit hat, kann er nicht ohne seinen „ordentlichen Urlaub“ der mehr als einen Monat beträgt und bis 42 Tage geht, unter geringen Kürzungen nehmen.

Wenn jetzt gespart werden muß und man im Reichsfinanzministerium auch innerlich ernstlichen Sparwillen zeigen will, so kann man an diesen untroubaren Zuständen nicht vorübergehen. Wenn Länder pro Kopf des Beamten mit dem dritten oder vierten Teil überreichlich auskommen und ihn nur der Reichshonkurrenz wegen nicht herabsetzen, so müssen das auch die Reichsbehörden können. Darum weg mit den besonderen unkontrollierbaren Unterhaltungs- und Unterstützungsfonds! Hier können Millionen von Mark gespart werden.

schafflich Schwächere der Willkür unsozialer Unternehmer preisgegeben wäre. Das bedeutet gleichzeitig die Preisgabe aller gewerkschaftlichen Errungenschaften und sozialer Rechte der Arbeiterschaft überhaupt.

Gegenüber der Forderung nach Freiheit der Wirtschaft, wie sie von Arbeitgebern immer wieder gestellt wird, muß aber andererseits auch die Frage aufgeworfen werden, wie es denn um diese geforderte wirtschaftliche Freiheit in Deutschland heute überhaupt steht. Die Tatsache, daß in Deutschland annähernd 11 000 Aktiengesellschaften vor-

handen sind, die zum größten Teil in Konzernen und Trusten vereinigt und damit in ihrer eigenen Wirtschaftsfreiheit völlig unterbunden sind, zeigt, daß diese wirtschaftliche Freiheit längst nicht mehr vorhanden ist, sondern daß sich unsere Wirtschaft selbst in Fesseln geschlagen hat, die viel schwerer sind, als die Bindungen staatlicher sozialpolitischer Art. Nach dieser Seite hin aber ist ohne Zweifel der Ruf nach der Freiheit der Wirtschaft viel mehr berechtigt, wie nach der sozialpolitischen Seite hin. Und es wäre wünschenswert, wenn hier die Wirtschaft erst einmal den wirklichen Willen zur Freiheit dokumentieren würde.

### Die Fänge der Heimarbeit spalten jeder Beschreibung.

In dem ehemals so fleißigen Werdauer und Grimmitzauer Textilgebiet liegen eine Anzahl Fabrikbetriebe wie tot. Als ich in Grimmitz, dem ehemaligen Sitz des hiesigen Sozialistenführers Bebel, ankam, fiel mir als erstes auf, daß so viele Leute mit Eisenröcken und Können am Bahnhof vorbeizogen. Ich fragte und bekomme die Auskunft, daß diese Leute alle zur Heimarbeit gehen und pro Tag nur 15 Pfennige mitbringen. Das ist schon genug. Die Urteile über die Qualität des Effens, das pro Portion 15 Pfennige kostet, sind verschieden. Die Mehrzahl aber hat ein freundliches Urteil. Ich sehe mir die Stücke an: sie machen einen sehr guten Eindruck. Wer einige Groschen mehr anwenden kann, bekommt ein in der Tat recht schmuckvolles Gewand. Die Stadt leidet einen nach ungewissen Umständen. Aber immerhin, es ist die Volksküche, und wer nicht unbedingt mag, holt sich dort das Essen nicht.

Ich wende mich dem Fabrikviertel zu. Die an vielen Fabriken herumstehenden Männer lassen gleich erkennen, daß auch hier die Arbeitslosigkeit sehr groß sein muß. 2000 Erwerbslose werden hier gezählt. Im Winter war es noch viel schlimmer. Zwischen hat sich der Arbeitsmarkt für die Textilindustrie wesentlich gebessert.

Die Fabriken machen Mitleid. Alles kommt aus den Fabriken. Nur einigsten sind die verheirateten Frauen, weil an diese jetzt Hausfrauen und Mutterpflichten herantritt. Die Pause in der Fabrik bedeutet für sie keine Arbeitspause. Ein Teil der Belegschaft bleibt in den Fabriken. Sie essen dort ihr Mittagessen und jetzt aufgewärmtes Essen, das am Vorabend gekocht worden ist. Ich sah in einem Speisefest. In meiner Nähe ist eine Frau von etwa 30 Jahren ihre Karoselle mit einem Strick. Sie erzählt mir, daß sie allein im Leben steht und sie ist darüber sehr, „denn die Familien mit Kindern tun sich heute sehr schwer“. Sie bringt als Beleg für die hiesige Lage einen Wochenlohn von 12,50 Mark nach Hause. Das langt eben für mich, meint sie, aber nicht noch für mehr. Mit Begeisterung redet sie dann von ihrem neuen Fabrikdirektor, der sie habe zwar auch die Löhne gedrückt wie andere Betriebe, doch habe er es dabei nicht bemerken lassen, eine von ihm neu eingeführte Ware habe sich glänzend durchgesetzt und die zahlreichen Aufträge gäben jetzt der ganzen Belegschaft Arbeit.

Als ich durch eine große Buchsien-Fabrik mit Spinnerei und Weberei schreite, ist auch dort jede Maschine voll ausgelastet. Seit fünf Wochen ist hier Hochbetrieb, nachdem vorher nur wenig Arbeit vorhanden war. Doch kündigt die Fabrikleitung jetzt schon wieder eine neue Fäule an. Borelli aber werden noch Überstunden gemacht. Die kaufmännischen Angestellten sitzen im Kontor am frühen Morgen bis in die Nacht hinein und schreien, um mit dem stark reduzierten Personal der steigenden Arbeit Herr zu werden. „Ich habe mich vergebens bemüht“, so sagt mir ein Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, „die Kollegen hier auf eine Linie zu bringen, um der übermäßigen Ausnutzung Einhalt zu tun.“ Die Angst um die Erhaltung des Arbeitsplatzes ist so groß, daß auch die Angestellten sich bis zur völligen Erschöpfung ausbeuten lassen, vielfach ohne entsprechende Gegenvergütung.

Aus einer größeren Fabrik fährt ein Mann soeben einen kleinen Handwagen zur Bahn. Er führt so einen Einkauf seinem Ende entgegen. Früher wären derartige Aufträge glatt abgewiesen worden, heute aber werden sie dankbar begrüßt und sorgfältig behandelt. Heute fährt dort der kleine Handwagen, wo früher große Postkutschen zur Bahn zogen.

Ganz abgesehen von finanziellen Gründen, zwingt auch die schnell und häufig wechselnde Mode von Fall zu Fall zur Eile. Es denkt keiner daran, groß auf Vorrat zu arbeiten, weil die Unsicherheit, ob die Ware abgeht oder nicht, zu groß ist. Vor kurzem war Schwarz die große Mode, heute ist diese Stofffarbe schon wieder in den Hintergrund getreten und durch Schwarz-weiß, das sogar getragen wird, verdrängt worden. Für den Abend werden wieder leichte, helle Kleiderfalten, Rosa, Lila, Gelb, zum Teil auch Gelb und zartes Grün, in den Vordergrund gestellt. So oder ähnlich lauten die Modeberichte, die von den Fabriken dann bestens beachtet werden. Die Leute, die diese Mode machen und herartige Anforderungen stellen, sind allerdings nicht in erster Linie unter den Arbeitnehmern zu suchen, wenn gleich auch die erwachsene Tochter eines Arbeiters sehr schnell herausfindet, welche Kleiderfarbe Mode ist. Tatsache ist, daß die Mode nicht nur der Tyrann für viele Familienväter, sondern auch für viele Fabrikanten ist.

(Fortsetzung folgt.)











## Ein Professor beschäftigt sich mit sozialen Fragen

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In unserer an Sensationen so reichen Zeit hat man sich das Wundern allmählich abgewöhnt. Doch wer den Aufsatz von Prof. Dr. Karl Schreiber las, der kürzlich in der Zeitschrift „Technik und Kultur“ veröffentlicht wurde, wird wohl gleich vielen anderen Lesern den Kopf geschüttelt und sich gewundert haben, wie man so etwas schreiben und noch dafür eine Zeitschrift finden kann, die es druckt.

Also, unsere schöne, alte Stadt Aachen mit der großen geschichtlichen Vergangenheit besitzt eine technische Hochschule. In dieser wiederum gibt es einen Professor Dr. Karl Schreiber, der sich auch mit sozialen Fragen befaßt und seine Überlegungen auch sogar veröffentlicht. Das tun heute in Deutschland viele Leute und ist nicht besonders Interessant und gewiß ganz neuartig aber ist die Auslegung die Herr Prof. Schreiber der sozialen Frage gibt, „Sozial“ bedeutet nämlich nach ihm: „die Unterhaltung Arbeitscheuer auf Kosten Arbeitswilliger“. Weiter teilt er die Menschen in zwei Gruppen, in „Geistes- und Muskelarbeiter“ ein. Haben Sie schon mal darüber nachgedacht, was ein Muskelarbeiter zu beanspruchen hat? Wenn nicht, Prof. Dr. Schreiber tat es für Sie, er weiß das auch besser, da er ja ein Professor ist, er setzt es Ihnen auch klar und deutlich auseinander, jedoch auch Sie es mit Ihrem Verstand fassen können. Nach seiner Auffassung hat ein Muskelarbeiter nicht mehr Lohn zu beanspruchen, als er zum Leben eben braucht. Er erklärt: „Der Muskelarbeiter hat auf Grund seiner Muskelarbeit nur Anspruch auf eine Lebenshaltung, wie sie die ersten Menschen auf der Erde überhaupt, also vielleicht der Neandertalmensch, befaßten.“ So steht es zu lesen in der Zeitschrift „Technik und Kultur“, gedruckt im Jahre des Heils 1931!

Die Anfangsarbeit dieses Geistesproduktes von Prof. Dr. Schreiber kann man erst ganz verstehen, wenn man weiß, wie die Lebensweise der Neandertalmenschen war. Diese ersten Menschen hausten in Felsenspalten und Grotten. In ebenen Gegenden bildeten hohle Bäume und mit Laub zugedachte Grotten ihr Ziel. Aus Steinen und Knochen fertigten sie sich Werkzeuge. Die Jagd war ihre Hauptbeschäftigung. Die großen Säugetiere der damaligen Zeit erlegten sie mit riesigen Knüppeln, die Jagdheute wurde mit Steinmessern zerlegt, das Blut mit ausgehöhlten Röhrenköpfen aufgefangen und getrunken. Sie strichen ihre Körperfläche mit Ochsenfett an, klebten sich in Tierfellen und schmückten sich mit Ketten aus durchbohrten Muscheln, Tierzähnen und Steinen.

Also zurück zur Natur! Professor Schreiber hat mit einem Schlage alle Fragen gelöst, die heute so vielen Menschen Kopfschmerzen machen. Es gibt keine Lohnkrise mehr, denn ein Neandertaler Muskelarbeiter braucht gar keinen Lohn. Die Wohnungsfrage ist auch gelöst, Erdlöcher sind für einen Muskelarbeiter bequem, ja, beinahe komfortabel. Kleider- und Nahrungsfragen können gar nicht mehr in Frage, mit einem dicken Knüppel bewaffnet, zieht der Muskelarbeiter aus, schlägt an Viehzug nieder, was ihm in den Weg kommt, trinkt das Blut, hängt sich das Fell malerisch um den rotgestrichenen Leib und macht sich aus den Knochen noch eine Halskette. Wie zu Adams und Evas Zeiten würde das werden, einfach paradiesisch. Freilich — für Hochschulpromotoren, die sich mit sozialen Fragen beschäftigen, wurde auch kein Platz mehr sein; denn soziale Fragen stelen dann weg.

Ist es nicht traurig, daß ein Professor einer staatlichen Hochschule, der jungen Menschen Lehrer und Führer sein soll, der ihnen den Weg ins praktische Leben zeigen soll, so gar kein Verständnis hat für die Schicht unseres Volkes, die durch schwere körperliche Arbeit ihr Brot verdient und damit auch Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein und Achtung hat? Der Standpunkt des Herrn Professor Dr. Schreiber ist bezeichnend für die Weltfremdheit und Gedankenlosigkeit gewisser Kreise. Er gibt uns allerhand zu denken. — Deshalb lohnt es sich, darüber nicht so ohne weiteres zur Tagesordnung überzugehen.

Geistesmenschen und Muskelmenschen, Berechnete und Rechtlose — der Wunsch ist der Vater des Gedankens. Denken wir daran!

## Ende des nordfranzösischen Textilstreiks

Der Mitte Mai begonnene Ausstand in der nordfranzösischen Wollindustrie ist nach hartnäckigem Kampfe Ende Juli zum Abschluß gekommen. Nachdem es durch den Abschluß eines Sonderabkommens zwischen den Gewerkschaften und einem Teil der Unternehmer, die aus dem Arbeitgeberverband des „Konfektum Textile“ ausgetreten waren, bereits schien, als ob die Front der Unternehmer endgültig zusammengebrochen sei, zeigte sich in der letzten Woche des Ausstandes plötzlich eine für die Arbeitnehmer außerordentlich ungünstige Wendung. Von dem belgischen Arbeitsministerium wurde auf die in den belgischen Grenzorten wohnenden, in der nordfranzösischen Textilindustrie beschäftigten belgischen Textilarbeiter ein außerordentlich starker Druck zur Wiederaufnahme der Arbeit ausgeübt. Durch die Drohung des Unterlassungsentsatzes gelang es schließlich, diese 4000 belgischen Grenzgänger zur Arbeitswiederaufnahme zu bewegen. Das bedeutete naturgemäß für die französischen Gewerkschaften eine so starke Belastung, daß es auf die Dauer unmöglich war, den Kampf fortzusetzen. Trotzdem offensichtlich die allgemeine öffentliche Meinung auf Seiten der Arbeiterschaft war und der Versuch gemacht wurde, die unzulänglichen Gewerkschaftsunterstützungen durch namhafte öffentliche Spenden und private Unterstützungen zu erhöhen, blieb der Ausgang des Kampfes nach diesem Vorgehen der belgischen Regierung nicht mehr ungewiß. Den noch in Streik befindlichen französischen Textilarbeitern war es nicht möglich, sich den belgischen Grenzgängern gegenüber mit Gewalt durchzusetzen, so daß schließlich die gesamte Arbeiterschaft unter der Bedingung des Wegfalls der Anwesenheitsprämie die Beschäftigung wieder aufnahm.

# Anwartschaft in der Invalidenversicherung

Arbeitnehmer! Schützt euch vor Verlusten und Nachteilen!

Alle durch die bereits für den Versicherten verwendeten Beiträge zur Invalidenversicherung erworbenen Ansprüche auf Heilverfahren, Rente und Hinterbliebenenfürsorge gehen verloren, wenn die Anwartschaft in der Versicherung nicht aufrecht erhalten wurde. Wenn doch alle Sozialversicherten sich diesen Satz einprägen wollten. Sie würden dann vor erheblichen Schädigungen bewahrt bleiben. Es vergeht kein Tag, wo nicht durch die Landesversicherungsanstalt eine ganz ansehnliche Zahl von Anträgen der Versicherten darum abgelehnt werden müssen, weil gemäß den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung die ersten gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Es ist gar nicht übertrieben, wenn festgestellt wird, daß insbesondere durch Anwartschaftsverlust alljährlich den Versicherten Millionen Mark Schaden entstehen.

Die einmal entrichteten Beiträge zur Invalidenversicherung bleiben nur dann anrechnungsfähig, wenn die Beitragsleistung in einem Mindestumfang fortgesetzt wird. Das Gesetz bezeichnet dies als Erhaltung der Anwartschaft. Werden nicht jeweils binnen zwei Jahre nach Ausstellung einer Quittungskarte mindestens 20, bei der Selbstversicherung im allgemeinen 40 Wochenbeiträge der Lohnklasse II (60 Pfennig Beitrag) entrichtet, so erlischt die Anwartschaft aus der bisherigen Beitragsleistung.

Als Wochenbeiträge zählen hier auch gewisse Ersatzzeiten, nämlich Militärdienst und Krankheitszeiten im Sinne der §§ 1279, 1279a der Reichsversicherungsordnung, Zeiten ohne versicherungspflichtige Beschäftigung, während deren der Rentenanwärter oder der Versicherte Invaliden- oder Altersrente aus einer Kasse oder Sonderanstalt im Sinne der §§ 1321, 1360, 1375 oder eine Invalidend pension nach dem Reichsinvalidengesetz oder eine Unfallrente von mindestens einem Fünftel der Vollrente bezog, ferner die in der freiwilligen Krankenkassenpflege bei der deutschen Wehrmacht oder bei einer dem deutschen Reich verbundenen oder befreundeten Macht zurückgelegten Dienstzeiten, weiter Zeiten, während deren ein Stuhlgeld der Angehörtenversicherung bezogen wird, ohne daß eine invalidenversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt wird, endlich bei waldenversicherten Zeiten, in denen Beiträge zur Angehörtenversicherung entrichtet sind, soweit dieselben Zeiten nicht schon durch Beitragswochen der Invalidenversicherung gedeckt sind.

Der Anwartschaftsverlust ist jedoch nicht endgültig. Die Anwartschaft lebt wieder auf, wenn der Versicherte eine neue Wartzeit von 200 Beitragswochen zurücklegt. Erfolgt allerdings der Wiedereintritt in die Versicherung erst nach dem 40. oder gar nach dem 60. Lebensjahr, so ist das Wiederaufleben der Anwartschaft erschwert. Nach Vollendung des 40. Lebensjahres lebt die Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung nur auf, wenn der Versicherte vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Beitragsmarken verwendet hatte und danach eine Wartzeit von 500 Beitragswochen zurücklegt. Nach Vollendung des 60. Lebensjahres lebt die Anwartschaft nur auf, wenn vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 1000 Beitragsmarken verwendet wurden.

Dieser Ausgang des Kampfes kann jedoch keineswegs als ein voller Erfolg des Arbeitgeberverbandes bezeichnet werden. Angesichts des vorher erfolgten Kompromisses, das, wie wir berichteten, um Mitte September spätestens eine Lohnsenkung von 3 Prozent vorsah, bedeutet der Wegfall der Anwesenheitsprämie, die etwa 4 Prozent beträgt, nur ein geringes Plus, demgegenüber der außerordentlich hohe Schaden, der dem Konfektum Textile durch den Ausfall entstanden ist, viel stärker ins Gewicht fällt. Man schätzt den Produktionsausfall der französischen Wollindustrie durch den Kampf auf etwa eine halbe Milliarde Franken. Hinzu kommt, daß die Front der Arbeitgebervereinigungen offensichtlich grundtätig ergriffen ist. Trotz der Drohung der Banken weiteren Zinsen, die aus dem Verbande austreten würden, ist die Zahl der Austritte in der letzten Zeit beträchtlich. Die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sind einig, daß keine Wiederaufstellung endgültig gebrochen ist. Ohne das Abgehen der belgischen Regierung wäre ohne Frage dieser Mitgliederverlust des Arbeitgeberverbandes weiter beschleunigt und damit den französischen Gewerkschaften der Erfolg gesichert worden.

## Schutz vor Arbeitslosigkeit und Not

In der Zeit der Wirtschaftskrise, zunehmender Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit gewinnt die Sicherung und Erhaltung des Arbeitsplatzes für die Arbeitnehmer eine erhöhte Bedeutung. Die fortschreitende wirtschaftliche Depression, verbunden mit der gesteigerten Rationalisierung und Freistellung von Arbeitskräften in der Industrie hat in den letzten Jahren Hunderttausende von Menschen um Brot und Arbeit gebracht und einer verhängnisvollen Unterdrückung sowie wirtschaftlicher und sozialer Not überantwortet. Umso bedeutsamer ist unter solchen Verhältnissen die gewerkschaftliche Tätigkeit, insbesondere aber die Tätigkeit der Betriebsvereine zur Wahrung des Räumigungs- und Entlassungsschutzes der Arbeitnehmer. Jeder einzelne Fall einer verhängnisvollen Entlassung oder Kündigung bedeutet eher einen moralischen Erfolg, der nicht hoch genug anerkannt werden kann. So verdient die praktische Tätigkeit der Betriebsräte unseres Verbandes auf den Gebieten des Räumigungsschutzes im vergangenen Jahre besondere Anerkennung. Wie wir aus dem vorliegenden Geschäftsbericht entnehmen, wurden von den Betriebsvereinen des Verbandes im Laufe des Jahres 1930 nicht weniger als 2600 Einsprüche gegen Räumigungen (1529 im Vorjahre) entgegengenommen und mit den Betriebsleitungen 2052 mal darüber verhandelt. Nicht weniger als 1231 Arbeitsstellen konnten dadurch den Bedrohungen erhalten werden — die Betroffenen blieben vor Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Not verschont. Ein beachtliches Zeichen erfolgreicher gewerkschaftlicher Tätigkeit!

Schließlich gilt die Anwartschaft nicht als erloschen, wenn die zwischen dem erstmaligen Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfalle liegende Zeit zu mindestens drei Vierteln durch ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarken belegt ist; dabei stehen bei waldenversicherten (das sind solche, die einmal von der Invaliden- zur Angehörtenversicherung oder umgekehrt hinüberwechseln) den Beitragsmarken solche volle Kalendermonate gleich, die durch entrichtete Beiträge zur Angehörtenversicherung gedeckt sind (§ 1280 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung).

## Anwartschaft Arbeitsloser.

Für die Invalidenversicherung Erwerbsloser hat die Gemeinde aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge die Beiträge zur Erhaltung der Anwartschaft zu entrichten (Gesetz vom 10. Dezember 1926, RGBl. I Seite 493). Aus Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind für die Invalidenversicherung der Arbeitslosen während des Bezugs der Hauptunterstützung die Beiträge zur Erhaltung der Anwartschaft zu entrichten (Gesetz vom 18. Juli 1927, RGBl. I Seite 187). Es müssen Versicherungsmarken der Lohnklasse II (60 Reichspfennige) verwendet werden. Ausdrücklich sei bemerkt, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nur für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft zu sorgen braucht und — was besonders wichtig ist — nur während des Bezuges der Hauptunterstützung. Nachdem der Erwerbslose seine Unterstützung bei der Reichsanstalt erhält beziehungsweise bei dieser ausgeteilt ist, was in der Regel nach 26 Wochen Arbeitslosigkeit eintritt, muß der Versicherte wieder selbst dafür Sorge tragen, daß die Anwartschaft bei der Invalidenversicherung nicht erlischt. Für ihn gilt somit wie für alle anderen, die nicht mehr in einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen, es müssen jeweils binnen zwei Jahre nach Ausstellung einer Quittungskarte mindestens 20 Beitragswochen der Lohnklasse II (60 Pf. Beitrag) entrichtet werden.

Da es in letzter Zeit häufiger vorgekommen ist, daß entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Arbeitsämter und Gemeinden sich um die Aufrechterhaltung der Anwartschaft von Versicherten nicht gekümmert haben, ist den Sozialversicherten dringend anzuraten, selbst darüber zu wachen und notfalls unverzüglich dann Beschwerde einzulegen, wenn Gemeinden oder Arbeitsämter sich weigern, die Beiträge zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft zu entrichten. Die Sozialversicherten sollten stets bedenken, daß eine Versicherungsanstalt Heilverfahren, Rente oder Hinterbliebenenfürsorge nicht gewähren kann, wenn die Anwartschaft erloschen ist. Ist sie aber erloschen, weil entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Arbeitsämter und Gemeinden keine Beiträge entrichtet haben, so begründet das noch immer keinen Anspruch auf Leistungen durch die Landesversicherungsanstalt. In solchen Fällen bleibt dem Versicherten nur der in jedem Falle viel kompliziertere und auch kostspieligere Weg der Klage auf Schadenersatz gegen die betreffenden Arbeitsämter bzw. Reichsanstalt oder Gemeinden.

## Not bricht Recht —?

Not bricht Recht — das ist die Parole der Mühsüßigen. Das ist die Parole insbesondere jener wirtschaftlich Stärkeren, die die Zeit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise breiter Massen der Arbeitnehmerschaft zu benutzen suchen, das Recht der Schwächeren mit den Füßen zu treten und rücksichtslos Willkür an seine Stelle zu setzen. Hunderttausende von Arbeitnehmern haben das bitter schmerzhaft in den letzten Jahren am eigenen Leibe erfahren. Was sind all die vielen Einzelnen in ihrer persönlichen wirtschaftlichen Abhängigkeit und Hilflosigkeit gegen die Willkür der Stärkeren, von denen sie abhängen? Was sind und vermögen insbesondere all die Einzelnen, die persönlich nicht die notwendigen Kenntnisse und Mittel besitzen, ihr Recht gegen Willkür und rücksichtslos Machtanwendung wahrzunehmen und durchzusetzen? Was sind die ohne gewerkschaftliche Organisation und gewerkschaftlichen Rechtschutz? Richterliche Zahlen sprechen hier ein deutliches Wort. 48 695 Rechtsansprüche haben nach dem vorliegenden Geschäftsbericht unseres Verbandes die Verbandsangehörten allein an die Mitglieder im vergangenen Jahre. Dazu kommen noch die zahllosen persönlichen Aufklärungen über Rechtsfragen, die in keinem Memorandum vermerkt und gezählt wurden. 14 400 Schriftsätze wurden für die Verbandsmitglieder in Rechtsfragen angefertigt, 3491 Termine von den Verbandsangehörten wahrgenommen. Wieviel Sorge ist allein durch diese Tätigkeit der Verbandsangehörten den betreffenden Mitgliedern abgenommen worden, die ohne diese Hilfe ratlos um ihre Existenz bangen mußten und vielleicht Brot und Arbeit verloren hätten? Es ist bezeichnend, wie die Wirtschaftskrise sich auch auf die Entwicklung der Rechtsstreitigkeiten im Arbeitsverhältnis auswirkt hat. Insbesondere die Zahl der Auskünfte über den Arbeitsvertrag und die Erwerbslosenfürsorge hat sich gewaltig gesteigert. Die Zahl der Gesamtauskünfte stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 9000! Die gleiche Entwicklung zeigt sich in der Zahl der angefertigten Schriftsätze, die eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 5000 zeigen und bei den wahrgenommenen Terminen, deren über 1000 mehr als im Vorjahre waren. Über 3300 Klagen wurden mit vollem Erfolg, weitere 1500 mit teilweisem Erfolg durchgeführt. Nur in 700 Fällen blieb der gewerkschaftliche Rechtschutz untätig ein Erfolg verlag. Differenzen um vorerhaltene Lohn, um Ferienvergütungen, Abfindungssummen, Ansprüche aus der Sozialversicherung usw. wurden in gleicher Weise durch den gewerkschaftlichen Rechtschutz ausgeglichen. Ein Unmaß persönlicher Sorge und Hilflosigkeit ist durch diese Arbeit ausgeglichen worden. Darum kommt diesen Zahlen weit über ihren realen Wert eine große Bedeutung zu. Sie zeigen nicht zuletzt, wie notwendig die Tätigkeit der Gewerkschaften in Zeiten der Wirtschaftskrise für die Arbeiterschaft ist.



